



Antrag

der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

Jugendfreiwilligendienste

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der schleswig-holsteinische Landtag bittet die Landesregierung über die möglichen die Auswirkungen des neuen Jugendfreiwilligendienstegesetzes **JFDG** in Schleswig-Holstein zur 32. Tagung des Landtages schriftlich zu berichten. Dabei sollen insbesondere folgende Fragestellungen beleuchtet werden:
 - Umsatzsteuerpflicht auf die finanziellen Beiträge der Einsatzstellen („Arbeitnehmerüberlassung?“)
 - Mehrarbeit durch Festlegung von Lernzielen
 - Wertung als Bildungsarbeit der persönlichen und fachlichen Betreuung und Anleitung in den Einsatzstellen
 - Wertung als Bildungsarbeit der daraus resultierenden Tätigkeiten der Jugendlichen innerhalb und außerhalb der Einsatzstellen

2. Darüber hinaus möge die Landesregierung darlegen
 - Welche Möglichkeiten sie sieht, die Berufsfindungstage im Freiwilligen Ökologischen Jahr als Zusatzangebot wieder zu finanzieren
 - Welche Möglichkeiten sie sieht, die Beschlüsse der Jugend im Landtag zur Bezuschussung der Freiwilligen umzusetzen

Detlef Matthiessen